

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/95

Bad Godesberg, den 23. Mai 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	Die Union braucht ihr Programm -----	59

Von dem Unbehagen auf dem Braunschweiger Parteitag

Von Dr. Erhard Eckert, z.Z. Braunschweig

3	"Kann einer von den Keimen sein" -----	48
---	---	----

Vorbildliches Volksgruppenrecht zwischen Dänen und Deutschen

4	Im anderen Teil Deutschland -----	43
---	--------------------------------------	----

Befehl ist Befehl...

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Exportsteigerung nach Osteuropa
Anlaß unwillig und unruhig zu sein
Beispielhafte Patenschaft
Politische Diakonie der Kirche
"Wieder ein Volk werden"
Buch über Wenzel Jaksch
Herbert Wehner vor den Schlesiern

Die Union braucht ihr Programm

Von dem Unbehagen auf dem Braunschweiger Parteitag

Von Dr. Erhard Eckert, z.Z. Braunschweig

Man kann, natürlich, einen Klub, einen Verein, einen Parteitag auch so aufbauen, daß man mit der Organisation und der Wahl des Vorstandes beginnt und sich erst dann um eine Sinn- und Zweckgebung, ein Programm also, kümmert. Die CDU hatte ihren Weg mit einem Programm, dem Ahlener Programm, begonnen, das, weil noch nicht formell abgelöst, auch heute noch pro forma gilt, obwohl nicht nur der Sozialisierungsparagraph ohne praktische Bedeutung ist.

Die Unionspartei sucht deshalb seit Jahren ein neues, ein anderes Programm, wobei sie ebenfalls seit Jahren versichert, daß sie ihren Grundsätzen natürlich treu geblieben sei und ebenfalls unveränderte oder fast unveränderte Prinzipziele ansteuert, nur in den Methoden flexibel, eben pragmatisch werden wolle. Dieses Programm, das beileibe nicht ideologisch sein soll, wengleich es selbstverständlich Idealen dient, trägt den unverbindlichen Titel "Aktionsprogramm" und soll, wie man jetzt in Braunschweig hörte, beim nächsten CDU-Parteitag, also doch wohl 1968, verabschiedet werden.

Die CDU sieht sich also, in großen Zügen und längeren Zeiträumen betrachtet, endlich vis á vis einem Programm, dessen sie so überaus dringend bedarf. Der Braunschweiger Parteitag, der den Übergang von Adenauer zu Kiesinger bedeutet, was das große Adenauerfoto an der Stirnwand der Braunschweiger Stadthalle erdrückend dokumentierte, also Erhard trotz freundlichem farwell-Beifall als eine nur unerfreuliche Erinnerungen weckende Episode ganz beiseite schob, macht diese Dringlichkeit mehr als deutlich. Die äußerliche Aktivität der Delegierten erschöpfte sich freilich in Satzungsdiskussionen, so daß man, da das Programm eben fehlte, den einigermaßen peinlichen Eindruck bekam, daß hier zuerst die Organisation gebastelt und dann der Inhalt hineingetropt werden sollte. Das sich im allgemeinen verlierende Anrufen der Würde des Menschen und

der Freiheit, die vom Religiösen bewahrt und getragen würde, von der christlichen Verantwortung für den Nächsten, alles zusammen das sittliche Fundament der Partei und von Europa und Deutschland konnte das Unbehagen nicht überdecken, das jene Delegierten in und mit sich herumtrugen, die sich vom Image einer möglicherweise wiederauferstehenden Kanzlerpartei und den Plusstimmen einiger Landtagswahlen nicht beruhigen ließen.

Vielleicht fühlte sich Dr. Rainer Barzel, selbst voller Unbehagen über eigene Malaisen zum Sprecher dieses Unbehagens berufen, als er in seiner so energischen Diktion erklärte, daß es heute und morgen weniger als bisher genüge, an die generelle Treue zum "C" zu appellieren. Aber seine Interpretation des Christlich-Seins, nämlich unvoreingenommen sachlich den Menschen dienen, muß die CDU ohne neue Ufer aus diesem "C" entlassen, denn solches unvoreingenommen sachliches Dienen zum Besten der Menschen ist ja keineswegs spezifisch christlich und stellt die Frage nach dem "C" in nun doch sehr krasser Deutlichkeit. Auch sonst riß Dr. Barzel Mauern nieder, ohne neue Sicherungen zu bieten. So, wenn er pragmatisch für den Vorrang der Tagespolitik plädierte, zugleich aber forderte, die Prioritäten für morgen und übermorgen im Auge zu behalten und wenn er diesen Prioritäten Namen gab, die wiederum in der Personenwürde gipfelten, also einer Idee, während er erneut entschieden jede Ideologie ablehnte.

Kein Wunder, daß das Unbehagen unter den Delegierten auf die Gäste übergriff. Das Bonmot eines Gastes, daß dieser CDU ihr Godesberger Programm fehle, mag allzu bonmothaft sein. Aber Barzels Charakterisierungsforderung, die CDU sollte eine moderne Partei mit Treue zum kleinen Mann im Volke sein, das dürfte doch nicht so recht ausreichen. Man wird also eben bis zum Jahre 1968 warten müssen, denn dann will die CDU im Blick auf 1969 endlich deutlich sagen, was sie ist und was sie will.

"Kann einer von den Keimen sein"

Vorbildliches Volksgruppenrecht zwischen Dänen und Deutschen

AR - Herbert Wehner, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, hat in der letzten Woche in der dänischen Grenzstadt Apenrade die neue deutsche Zentralbücherei für die deutsche Minderheit in Dänemark eingeweiht. Mit einem Blick auf die Bücherei und im Hinblick auf die vorbildliche Regelung der Minderheiten-Politik beiderseits der deutsch-dänischen Grenze sagte Wehner: "Was hier getan wurde, kann einer von den Keimen sein, von denen man einst sagt, daß sie wesentliches dazu beigetragen haben, daß es in Europa ein demokratisches Volksgruppenrecht gibt und daß jeder leben kann, und keinem wehe getan wird." Wehner fügte dem hinzu, seine skandinavischen Lern- und Wanderjahre hätten ihn gelehrt, daß die Völker sich gegenseitig viel zu sagen haben - und dabei nehme das Buch eine hervorragende Stellung ein.

Nordschleswig, in dem die deutsche Minderheit heute lebt, wurde aufgrund einer freien Volksabstimmung nach dem Friedensvertrag von Versailles zu Dänemark geschlagen. Nachdem Deutschland den letzten, von Hitler inszenierten Krieg verloren hatte, gingen zunächst die sozialdemokratischen Regierungen in Kopenhagen und in Kiel daran, ein vorbildliches Minderheitenrecht auf beiden Seiten der Grenze zu etablieren. Die Namen des Kieler Ministerpräsidenten Bruno Diekmann und des Kopenhagener Staatsministers Poul Hansen sind da unvergessen.

Auf beiden Seiten der Grenze ist heute die Wahl der Sprache völlig frei. Die Minderheiten haben ihre Schulen, die von den Regierungen unterstützt werden. Man kann in Dänemark das Abitur in deutscher Sprache und in Schleswig-Holstein in dänischer Sprache machen. Das Versammlungsleben ist rege. Eigene Kinderheime sind vorhanden und auch eigene Büchereien, wie sich jetzt bei der Einweihung der deutschen Bibliothek durch Herbert Wehner in Apenrade zeigte. In Kopenhagen und in Bonn gibt es Kontaktausschüsse für die Minderheiten. Hier können sie an höchster Stelle ihre Sorgen und Wünsche direkt vortragen. Der Minderheitenausschuß des Deutschen Bundestages unter dem SPD-Abgeordneten Schmidt-Vockenhausen wird demnächst in Flensburg zusammentreten, um mit dem SSW-Vorsitzenden Karl-Otto Meyer und dem SSW-Abgeordneten im Kieler Landtag, Berthold Bahnsen, die Sorgen im Landesteil Schleswig zu erörtern. Dem Kontaktausschuß der deutschen Minderheit in Dänemark steht der sozialdemokratische Staatsminister Jens Otto Krag vor. Er tagte schon oft und hat intensiv mit Erfolg gearbeitet.

Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein ist von allen Sperrklauseln der Wahlgesetze für den Deutschen Bundestag und für den Landtag in Kiel ausgenommen. Auch bei der Einführung eines Mehrheitswahlrechts wird man darauf achten, daß die Minderheit ihre parlamentarische Vertretung behält, wenn sie einen entsprechenden Stimmenanteil erreicht.

Die deutsche Minderheit in Dänemark hat mit gut 9 000 Stimmen der bisherigen Folketingsabgeordneten Hans Schmidt-Oxbüll nicht wieder in den Kopenhagener Reichstag gebracht. Das dänische Wahlgesetz mit seinen Großwahlkreisen ist komplizierter als das deutsche. Die deutsche Minderheit möchte, befreit von allen Schranken, wieder in den Reichstag. Diese Angelegenheit soll demnächst vor dem Kontaktausschuß in Kopenhagen zur Sprache kommen.

Im anderen Teil Deutschlands

Befehl ist Befehl...

E.R.A. - Armeegeneral Hoffmann, der Minister für nationale Verteidigung im anderen Teil Deutschlands, scheint mit seinen Soldaten in der Nationalen Volksarmee nicht restlos zufrieden zu sein. Wie anders wäre es sonst zu erklären, daß er Anlaß genommen hat, in der Zeitschrift "Die Volksarmee" Disziplin und unbedingten Gehorsam als das A und O für "optimalen Kampfwert und effektive Gefechtsbereitschaft" hinzustellen? "Von keinem darf an dem im Fahneneid beschworenen Grundsatz des unbedingten Gehorsams gerüttelt werden. Über einen erteilten Befehl wird in der Nationalen Volksarmee vor seiner Verwirklichung nicht diskutiert!" "Für einen unzweckmäßigen oder gar im Widerspruch zu einzelnen Vorschriften stehenden Befehl wird der Verantwortliche von seinem Vorgesetzten, schlimmstenfalls (1) von den zuständigen staatlichen und gesellschaftlichen Organen zur Rechenschaft gezogen."

So weit, so gut. Es ist nur nicht begreiflich, warum die sowjetzonale Propaganda auf allen möglichen Wegen versucht, den Basiliskus der Auflehnung in die Reihen der Bundeswehr zu tragen, daß sie es wieder und immer wieder deren Offizieren, soweit sie einst unter Hitler Dienst taten, zum schwersten Vorwurf macht, sie hätten sich doch einfach den gegebenen Befehlen widersetzen sollen. Hören wir noch einmal Armeegeneral Hoffmann:

- * "Dennoch kann es angesichts des Charakters des modernen
- * Krieges in keiner sozialistischen (!) Armee Sache der Unterstellten sein, etwa darüber abzustimmen, ob sie diesen
- * Befehl verwirklichen wollen. Das "Partisanentum" mit seiner
- * Wählbarkeit der Vorgesetzten und Abstimmung über Befehle ist schon von Engels und Lenin aufs schärfste ge-
- * geißelt und als Organisationsprinzip sozialistischer Streit-
- * kräfte abgelehnt worden."

Und wie ist das Partisanentum seit jeher von den Kommunisten und ihren SED-Genossen verherrlicht worden? Hat man nicht erst vor kurzem Meuterer für würdig befunden, drei Schiffen eines Landungsgeschwaders der "Volksmarine" der DDR die Namen von drei Befehlsverweigerern der ehemaligen Kriegsmarine als "Traditionsträger" zu verleihen, nämlich "Rolf Peters", "Gernard Prenzler" und "Heinz Wilkowski"? Hat nicht Eisenstein nach einer der bekanntesten Meutereien der Geschichte seinen weltbekannten Film "Panzerkreuzer Potemkin" gedreht?

Das schießt einen wackeren Dialektiker nicht. Heute ist eben Befehl. Befehl. Kadavergehorsam ist wieder Trumpf. Gemeutert werden darf nur in nichtsozialistischen militärischen Einheiten, wo zu man von kommunistischer Seite liebend gern hilfreich die Hand bietet, wo es nur eben möglich wäre.